

GRUSSWORT



Zum Pfingsttreffen 2013 grüße ich Sie namens der SPD-Landtagsfraktion und wünsche Ihnen gute Begegnungen!

Dieser Sudetendeutsche Tag findet in einem guten Klima zwischen Bayern und Tschechien statt. Darüber freuen sich Sozialdemokraten mit Ihnen! Mit den wechselseitigen Besuchen der Regierungschefs und der Rede des tschechischen Ministerpräsidenten im Landtag haben die Regierungen endlich das nachvollzogen, was sich zwischen den Menschen längst entwickelt hat: Verständigung und gute Nachbarschaft im Wissen um eine teils leidvolle gemeinsame Geschichte.

Auch die Verleihung des Europäischen Karlspreises an den Bayerischen Ministerpräsidenten als „Wegbereiter der bayerisch-tschechischen und sudetendeutsch-tschechischen Annäherung“ registrieren wir Sozialdemokraten mit Genugtuung. Wir freuen uns, dass damit in der Sache genau das gewürdigt wird, was viele Sozialdemokraten in den vergangenen 20 Jahren als Brückenbauer zwischen München und Prag geleistet haben, lange bevor auch diese Politik vom wendigen Amtsinhaber nachvollzogen wurde.

An einen großen Schrittmacher hat die SPD kürzlich an seinem 10. Todestag erinnert: Volkmar Gabert, den sudetendeutschen Europäer aus Bayern. Schön, dass die SL schon 1997 Gaberts Engagement mit der Verleihung des Europäischen Karlspreises gewürdigt hat und seine Politik heute Gemeingut ist.



Markus Rinderspacher
Fraktionsvorsitzender

Bayern und Tschechen:

Endlich ein Neuanfang!

Von Franz Maget, Vizepräsident des Bayerischen Landtags

Über die enge geschichtliche und kulturelle Verbindung zwischen Böhmen und Bayern ist viel geschrieben worden. Über Jahrhunderte bildeten beide Länder gewissermaßen die doppelte Herzkammer des europäischen Kontinents. Doch das 20. Jahrhundert verursachte einen Infarkt im Herzen Mitteleuropas.

Es begann schon mit den Nationalitätenkonflikten zwischen Deutschen und Tschechen in der habsburgischen Vielvölkermonarchie. Es setzte sich fort im neugegründeten tschechoslowakischen Staat mit einer deutschen Minderheit, die sich nach der Machtergreifung Hitlers mehrheitlich ins Reich heimgezogen fühlte. Es folgte das Münchner Abkommen, die Besetzung des Sudetenlandes, der deutsche Überfall auf Polen und die Tschechoslowakei. Der 2. Weltkrieg und die folgende Vertreibung der Deutschen waren der politische und moralische Tiefpunkt der Beziehungen zwischen beiden Völkern.

Aus diesem Tief wieder herauszukommen und eine Verständigung zwischen Bayern und Tschechien zu verwirklichen, war stets das Bemühen der bayerischen Sozialdemokraten. Am Anfang standen dafür Namen von sudetendeutschen Bayern wie Volkmar Gabert, langjähriger Landes- und Fraktionsvorsitzenden der SPD, aber auch Emil Werner und Peter Glotz. In den Zeiten des Kalten Krieges warben sie für Verständigung und friedvolle, nachbarschaftliche Beziehungen, die dem Erbe gerecht werden. Die offizielle Politik aber spielte auf beiden Seiten mit nationalen Ressentiments zum jeweiligen innen- und parteipolitischen Vorteil.

Im Zentrum des politischen Streites standen die unsäglichen Beneš-Dekrete. Diese



FRIEDENSPROJEKT EUROPA. Für sein Eintreten für ein Europa, in dem Vertreibungen geächtet sind, wurde Europaparlamentspräsident Martin Schulz (rechts) mit dem Wenzel-Jacksch-Preis 2012 ausgezeichnet. Im Bild mit Albrecht Schläger (Seliger-Gemeinde) und Landtagsvizepräsident Franz Maget.

Bayern und Tschechien sind Nachbarn im gemeinsamen europäischen Haus.

stellten den untauglichen Versuch dar, der unrechtmäßigen Vertreibung das Mäntelchen der Rechtmäßigkeit umzuhängen. Dabei sollte längst Einigkeit darüber bestehen, dass Vertreibungen und ethnische Säuberungen Verstöße gegen Menschenrecht und -würde sind, so wie es die EU-Menschenrechtskonvention auch unmissverständlich zum Ausdruck bringt. Dieser Umstand muss weder verschwiegen noch vergessen werden. Trotzdem darf er nicht daran hindern gutnachbarschaftliche Beziehungen aufzubauen. Wer immer nur die Vergangenheit im Sinn hat, wird die Zukunft nicht gestalten können.

Aufgeschlossene Kreise innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Ackermann-Gemeinde, die Deutsche Jugend des Ostens, allen voran die Seliger-Gemeinde haben an der Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen gearbeitet.

Fortsetzung auf Seite 7



Ortstermin in Berlin: Gründungsdirektor Manfred Kittel (2.v.r.) erläutert den SPD-Abgeordneten Christa Naaß, Franz Maget und Volkmar Halbleib (v.l.) die Pläne für die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“

ZUKUNFTSPLÄNE für die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Berliner Deutschlandhaus. Im Gespräch mit den Abgeordneten Christa Naaß, Franz Maget und Volkmar Halbleib vom Arbeitskreis Vertriebenenpolitik der SPD-Landtagsfraktion und BdV-Vizepräsident Albrecht Schläger erläuterte Direktor Prof. Dr. Manfred Kittel in seinem Berliner Büro die Ausbaupläne für den künftigen Sitz der Stiftung. Die Übergabe an die Nutzer wird für 2015/16 erwartet. Gegenüber den SPD-Abgeordneten aus Bayern, die das Projekt von Anfang an unterstützt haben, lobte Prof. Kittel auch den großen Einsatz von Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) für die Verwirklichung des Vorhabens durch die Große Koalition.

Engagement braucht verlässliche Förderung

Von Christa Naaß, vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion

Das vielseitige, größtenteils ehrenamtliche Engagement zahlloser Initiativen, Vereine und Verbände der verschiedenen Landsmannschaften sowie Institutionen braucht eine verlässliche Unterstützung durch den Freistaat Bayern. Dafür sind die Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag seit Jahren eingetreten und haben dies mit zahlreichen Anträgen bei den Haushaltsberatungen immer konkret untermauert.

Mittel massiv gekürzt

Dass diese Förderung angesichts der tatsächlichen Entwicklung mehr als berechtigt ist, zeigen die Zahlen. In den vergangenen zehn Jahren hat die CSU-geführte Staatsregierung entgegen aller christsozialer Sonntagsreden die Fördermittel massiv gekürzt. Die Antwort der Staatsregierung auf meine parlamentarische Anfrage vom 14.11.2012 (Drs. 16/13657) belegt dies schwarz auf weiß:

- Bei der Förderung der Verbände und kultureller Einrichtungen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge sind die Mittel von 1.886.700 Euro im Jahr 2003 auf 1.245.000 Euro im Jahr 2013 zurückgefahren worden – also um

über eine halbe Million Euro gekürzt.

- Beim „Haus der Heimat“ in Nürnberg sank die Förderung im gleichen Zeitraum von 179.000 Euro auf 140.500 Euro,
- bei der Förderung grenzüberschreitender ostdeutscher Kulturarbeit von 634.000 Euro auf 124.000 Euro und
- beim Haus des Deutschen Ostens von 745.800 Euro auf 701.000 Euro.

Flossen im Jahr 2003 noch insgesamt 3.083.000 Euro aus den verschiedenen Haushaltstiteln des Freistaates an die verschiedenen Vertriebenenverbände und -einrichtungen, wurde diese Förderung im Laufe der Jahre – mit Ausnahme des ausgerechnet des Wahljahres 2008 (!) – stetig um insgesamt 953.200 Euro gekürzt.

953.200 Euro weniger

Vor diesem Hintergrund hat die SPD bei den Haushaltsberatungen für den Doppelhaushalt 2013/2014 massiv Druck gemacht, wenigstens einige Verbesserungen zu erreichen. Es war dabei von Vorteil, dass gleich drei Mitglieder des Vertriebenenpolitischen Arbeitskreises der SPD-Fraktion (außer mir Volkmar Halbleib und Reinhold Strobl) zugleich Mitglied des Haushaltsausschusses des Landtags sind und Volkmar Halbleib

SPD-Anträge erst abgelehnt, dann doch etwas mehr bewilligt.



Christa Naaß, MdL, Parlamentarische Anwältin für Vertriebeneninteressen

sogar stellvertretender Ausschussvorsitzender ist. Sie kennen das politische Geschäft und wissen, wo sie ansetzen müssen: Unsere Anträge, die Förderung von Verbänden und kulturellen Einrichtungen um jeweils 219.000 Euro für 2013 und 2014 zu erhöhen, wurden von der Ausschussmehrheit aus CSU und FDP zunächst zwar niedergebügelt. In der Sache konnte Schwarz-Gelb jedoch letzten Endes doch nicht umhin, schließlich ist Wahljahr, für 2013 wenigstens 150.000 Euro zuzugestehen. Zum Jahr 2014 gab es von CSU und FDP keinerlei Aussagen.

Abgelehnt wurden von den Regierungsfractionen jedoch die Mittel zur Realisierung eines „Schlesischen Begegnungszentrums“ in Treuchtlingen. Genauso eine Erhöhung für die grenzüberschreitende ostdeutsche Kulturarbeit um jeweils 21.900 Euro für 2013 und 2014.

Sonntagsreden

Wieder einmal zeigte sich, wie Sonntagsreden und Alltagshandeln der Regierungsfractionen auseinanderklaffen. Die SPD-Landtagsfraktion war in diesen Jahren immer verlässlicher Partner in der Vertriebenenarbeit. Sie wird dies auch in Zukunft bleiben. Das am 12. Mai beschlossene SPD-Regierungsprogramm bietet eine zuverlässige Basis für dieses parlamentarische Engagement.

Anträge unter:

www.bayernspd-landtag.de/initiativen

Erinnerung an Volkmar Gabert (1923-2003)

Ein sudetendeutscher Europäer aus Bayern

Von Dr. Hildegard Kronawitter

Vor zehn Jahren verstarb im Alter von fast 80 Jahren Volkmar Gabert, ein großer europäischer Sozialdemokrat aus Bayern mit böhmischen Wurzeln. Als Kind sudetendeutscher Eltern in der Tschechoslowakischen Republik aufgewachsen, als Sozialdemokrat von Nazi-Deutschland aus seiner Heimat ins englische Exil vertrieben, wurde Gabert in unserem demokratischen Freistaat nach dem Krieg zu einer nachhaltig prägenden politischen Gestalt. Am 19. Februar 2013, seinem zehnten Todestag, erinnerte die SPD-Landtagsfraktion mit einer Gedenkveranstaltung im Münchner Maximilianeum an diese große Persönlichkeit. Wir dokumentieren den Vortrag der ehemaligen Landtagsabgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter, Autorin des Buches „Ein politisches Leben. Gespräche mit Volkmar Gabert“.

Volkmar Gaberts Lebensweg wurde wesentlich beeinflusst von den umstürzenden historischen Geschehnissen des vorigen Jahrhunderts:

Ohne Münchner Abkommen im Jahr 1938 keine Flucht der Familie Gabert nach Prag,

ohne Protektorat Böhmen-Mähren keine Emigration der Familie nach England und

ohne die Vertreibung der Sudetendeutschen aus ihren angestammten Gebieten durch den wiedergegründeten Staat Tschechoslowakei keine Ansiedlung des Zweiundzwanzigjährigen in Bayern.

Gabert wurde 1923 als zweites Kind des Oberlehrerehepaars in Dreihunken bei Teplitz-Schönau im Erzgebirge geboren. Zu seinen frühen Kindheitserfahrungen gehörte die Kritik des Vaters an der ausgrenzenden Minderheitenpolitik des jungen Staates Tschechoslowakei gegenüber Sudetendeutschen und Ungarn. Gaberts Vater trat vehement für die Politik seiner Partei ein, der 1919 gegründeten Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakei, die sich uneingeschränkt zum tschechoslowakischen Staat bekannte, aber für alle Bevölkerungsgruppen volle Gleichberechtigung forderte.

Nach seiner Versetzung nach Zinnwald, nahe der sächsischen Grenze, war der Vater Gemeinderat und Gründer des dortigen Ortsvereins. 1933 zog die Familie in die Industriegemeinde Kleinaugezd, also weg von der Grenze, da die Schulverwaltung die Verschleppung des aktiven Sozialdemokraten über die deutsche Grenze befürchtete.

Die vier Gabert-Kinder wuchsen im prägenden Milieu der Arbeiterbewegung auf mit seinen sozialen, kulturellen und sportlichen Or-

ganisationen wie Arbeitersportverband, Naturfreunde, Volksbühne, Schachclub und natürlich der Jugendorganisation, den Roten Falken. In deren Gruppen organisierten sich die Heranwachsenden weitgehend selbst; sie trainierten Freiheit, Verantwortung und solidarisches Miteinander. Noch im Alter schwärmte Volkmar Gabert von seinen Jugenderlebnissen in den „Falkenrepubliken“, also den großen Zeltlagern der Falken mit Lagerparlament, eigener Versorgung und den ersten Kontakten mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern.

Nazi-Unheil

Ab 1933 fielen in die heile Kinderwelt im Sudetenland die Unheil kündenden Schatten des NS-Staates. Politisch und rassistisch verfolgte flüchteten über die Grenze ins tschechische Erzgebirge, so hörten die Kinder bald von Verfolgung und vom Leben in deutschen Konzentrationslagern. Die grenznahen Naturfreundehäuser im sudetendeutschen Erzgebirge wurden zu Anlaufadressen für Kurierdienste, die auch Volkmar zusammen mit seinem vier Jahre älteren Bruder gelegentlich übernehmen sollte.

Als Henleins Parole „Heim ins Reich“ mit dem Münchner Abkommen vom 29. September 1938 Realität wurde, sahen sich die politisch aktiven sudetendeutschen Sozialdemokraten aufs Höchste gefährdet. Beim Einmarsch der deutschen Wehrmachtverbände ins Sudetengebiet floh deshalb die Familie Gabert nach Prag. Wie recht sie tat, belegen die später gezählten rund 20.000 Sudetendeutschen, die von den



Deutschen damals verhaftet und verschleppt worden waren. Die Familie verbrachte die nächsten Monate höchst ärmlich in Notunterkünften. Im Frühjahr 1939, kurz vor der Besetzung des Protektorats Böhmen-Mähren durch die deutschen Truppen, erhielten Vater Gabert und sein ältester Sohn Ausreisevisen nach England und Norwegen, sie waren in Sicherheit.

Die Mutter verblieb mit den drei Kindern in Prag; dem noch nicht sechzehnjährigen Volkmar kam jetzt die männliche Familienrolle zu.

Wenn Gabert später die Tage vor der deutschen Besetzung am 15. März 1939 in Prag schilderte, wird die Gefahr für die vielen in Prag lebenden sudetendeutschen Sozialdemokraten und ihre Familien noch spürbar.

Zitat Gabert:

„Am Abend des 15. März versammelten sich etwa 500 Leute am Wilson-Bahnhof in Prag. Unsere Parteiführung hatte in Zusammenarbeit mit der tschechischen Eisenbahndirektion erreicht, dass ein Sonderzug durch Polen nach Gdingen fahren konnte. Wenzel Jaksch drängte: ‚Nichts wie weg. Ich schaue, dass ich in die englische Botschaft komme.‘“

Der Zug habe dank internationaler Begleitung die deutsche Grenze passieren können. Im sicheren Gdingen angekommen, habe es plötzlich geheißen, wenn die Flüchtlinge nicht in der Nacht noch verschwänden, würden sie den Deutschen ausgeliefert, die Reichsregierung verlange dies von Polen.

Emigration

In dieser Nacht seien – so Gabert – „die Telefone und Telegraphen zu den Büros der Sozialistischen Internationale in London, Norwegen und Schweden heiß“ gelaufen.

Volkmar Gaberts Lebensweg wurde wesentlich beeinflusst von den umstürzenden historischen Geschehnissen des vorigen Jahrhunderts.

Bis zum Morgen konnten tatsächlich alle 500 Flüchtlinge auf Schiffe aufgeteilt werden. Die Gaberts kamen auf ein britisches Schiff.

Ihr Emigrantenleben begann in englischen Flüchtlingslagern, die für die Sudetendeutschen eingerichtet wurden – erst in West Kirby nahe Liverpool, dann in Margate an der Kanalküste; nach Beginn des Krieges wurden die Flüchtlinge ins Landesinnere verlegt.

Dies war auch die Zeit, in der sich Volkmar von seiner Familie trennte, um für sich selbst zu sorgen. Er ließ sich in einer Trainingsfarm der Young Men's Christian Association in Mittelengland für die Arbeit in der Landwirtschaft ausbilden und arbeitete als Cowman auf verschiedenen Farmen. Wegen seiner Mitgliedschaft in der Gewerkschaft kam es zum Krach mit seinem letzten bäuerlichen Arbeitgeber, worauf sich Gabert nach anderer Arbeit umsah. Er jobbte als Hausmeister, als Nachtportier, als Monteur in einem Kraftwerk. Schließlich fand er eine Stelle mit vergleichsweise gutem Verdienst als angelernter Dreher in Hammersmith, einem Stadtteil von London. Dort arbeitete er bis Kriegsende.

London

In London fand er Unterkunft in der Canterbury Hall, einem großen Flüchtlingslager, in dem deutsche, österreichische und sudetendeutsche Hitler-Gegner lebten. Zusammen mit rund 30 jungen Sozialdemokraten gründete er alsbald eine sudetendeutsche sozialistische Jugendgruppe, die sich mit politischen Vorträgen fortbildete und Unterhaltungsabende organisierte. Österreicher, Belgier, Norweger, Franzosen hätten sich, so Gabert später, nach und nach an ihren Programmen beteiligt.

Auf Betreiben von Wenzel Jaksch und Richard Reitzner wurden Gabert und sein Co-Sprecher aus der Jugendgruppe dem Exilvorstand der sudetendeutschen Arbeiterpartei kooptiert. Für Wenzel Jaksch

und Hans Vogel, Vorsitzender der Exil-SPD, dolmetschte Volkmar bei Gesprächen mit Vertretern der Labour Party und half Kontakte herzustellen.

Jaksch und Reitzner kümmerten sich auch, dass Gabert an Veranstaltungen der Fabian Society teilnehmen konnte, die damals der Think Tank für die Labour Party war, also deren programmatische Vordenkerin und überdies ein bedeutendes politisches Netzwerk. Sie war Ende des 19. Jahrhunderts gegründet worden und hatte den englischen Reformsozialismus programmatisch ausformuliert – auch im Gegensatz zum deutschen marxistischen Ansatz.

Im neu gegründeten „Fabian International Youth Forum“ durfte Gabert mitarbeiten. In diesem Forum fanden sich die Vertreter der sozialistischen Jugendverbände im britischen Exil zusammen, bildeten sich politisch weiter und richteten ihren Blick auf die Zeit nach Hitler. Hier schlossen die jungen Menschen Bekanntschaften, die oft ein Leben lang und über Grenzen hinweg hielten. Was für den jungen Gabert diese Einbindung bedeutete, formuliert er selbst so: „Diskutiert wurde in der Fabian Society, und da ist auch unser programmatisches Denken und unsere Meinung beeinflusst worden.“

Fabische Prägung

Später, als Vorsitzender der oberbayerischen und der bayerischen Jungsozialisten ab 1948/50 dürfte Gabert bei seiner politischen Bildungsarbeit Anleihe an dem Schulungsprogramm und der reformerischen Position der Fabian Society genommen haben. Noch zwei Jahrzehnte später positionierte er sich als Landesvorsitzender in der aufgeheizten kopflastigen Theoriephase der SPD Anfang der 70er Jahre klar zum Reformismus und mit einer sehr Kommunismus kritischen Sicht. Ich zitiere aus seiner Rede auf dem Landesparteitag 1971: „Der Gegensatz zwischen den Grundwerten unseres Handelns und unseren Zielen mit der kommunistischen Ideologie ist unüberbrückbar. Dessen müssen wir uns bewusst bleiben.“

„Der Gegensatz zwischen den Grundwerten unseres Handelns und unseren Zielen mit der kommunistischen Ideologie ist unüberbrückbar.“



Dr. Hildegard Kronawitter

Entscheidung für Bayern

Ab 1942 wurde für die im britischen Exil lebenden sudetendeutschen Sozialdemokraten absehbar, dass der tschechisch-slowakische Exilpräsident Eduard Benesch und seine Exilregierung für die Zeit nach dem Krieg die Vertreibung der Sudetendeutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien durchsetzen würden. Sie widersprachen heftig und versuchten über ihnen zugängliche Parteiebenen Einfluss zu nehmen. Zugleich mussten sie für sich selbst erkennen, nicht mehr in die alte Heimat zurückzukönnen. Wohin dann? Gabert berichtete, wie sie an Hand der Landkarte rätselten, wohin die sudetendeutschen Vertriebenen wohl kommen würden - vermutlich nach Bayern und Sachsen. Er habe deshalb nach Bayern gewollt.

Weil nach Kriegsende Emigranten meist nicht einreisen durften, ließ sich Gabert im Mai 1945 von der amerikanischen „Ninth Airforce“, also einer US-Luftwaffeneinheit, als Dolmetscher anwerben. Über einige Stationen gelangte er als Zivilangestellter in amerikanischer Uniform für kurze Zeit nach Erlangen. Als seine Arbeitsstelle wieder aufgelöst wurde, musste Gabert zurück nach London. Er ließ sich ein weiteres Mal von den Amerikanern anwerben und kam im Herbst 1945 zur Civil Censorship Division nach München mit Stationierung in Pullach.

Vom SPD-Exilvorstand in London war er noch beauftragt worden, für sie Verbindung mit Thomas Wimmer und Wilhelm Hoegner aufzunehmen. Trotz des geltenden Fraternisierungsverbots konnte sich Gabert verdeckt parteipolitisch betätigen und die ab Ende 1945 in München sich ansiedelnden sudetendeutschen Sozialdemokraten unterstützen. Seine lebenslange Freundschaft mit Emil Werner begann in dieser Zeit. Werner, als „Vortruppmann“ für sogenannten Antifatransporte aus Tschechien nach München geschickt, richtete mit Hilfe Münchner Sozialdemokraten in der Goethestraße 64 ein Flüchtlingsbüro als Anlaufstelle ein. Als Angestellter der Besatzungsmacht durfte Gabert reisen, auch zu den Flüchtlingsbüros in Stuttgart und Wiesbaden. Diese Büros stimmten sich als Lobby der Vertriebenen ab, um auf das Flüchtlingsgesetz in der US-Zone Einfluss zu nehmen.

Über diese Büros liefen auch die ersten unzensurierten Berichte über die Zwangsarbeitslager für Deutsche und Ungarn in der



Erinnern an Volkmar Gabert: (v.r.) Hildegard Kronawitter im Gespräch mit Peter Becher, Franz Maget und Johann Böhm

Tschechoslowakei und über die Gewaltakte bei den Vertreibungen. Die Berichte leitete Gabert als eigene, unzensurierte Post an Wenzel Jaksch und Erich Ollenhauer in London sowie an die amerikanischen Gewerkschaften weiter. Die Menschenrechtsverstöße sollten bekannt werden.

Jüngster im Landtag

1948 begann dann Volkmar Gaberts parteioffizielles Leben in der bayerischen Sozialdemokratie. Der SPD-Bezirk Oberbayern stellte ihn als Referent für Flüchtlings- und Jugendfragen ein. Im politischen Ehrenamt wurde er alsbald Bezirksvorsitzender der Jungsozialisten in Oberbayern, danach deren Landesvorsitzender.

1950, 27-jährig, wurde er Abgeordneter des Bayerischen Landtags und zwar im Stimmkreis München-Neuhausen, den er bis 1978 vertrat, allerdings mit einer für ihn bitteren Aufstellungsrunde 1974. Politisches Renommee erarbeitete er sich alsbald im Haushaltsausschuss.

Gaberts Aufstieg zum Fraktions- und Landesvorsitzenden vollzog sich zwischen Wilhelm Hoegner und Waldemar von Knoeringen, die er beide in ihren Ämtern beerbte: 1962 übernahm er von Wilhelm Hoegner den Fraktionsvorsitz, 1963 von Waldemar von Knoeringen den Vorsitz der Bayerischen Sozialdemokratie.

Waldemar von Knoeringen hatte seinen Nachfolger auf der Landesversammlung unter

anderem zur Wahl empfohlen als „einen der Jüngsten, einen unserer Besten und Fleißigsten“. Ein solches Lob hörte Volkmar Gabert später noch öfter und fand es etwas vergiftet: „In den Führungsfunktionen war mir das „fleißig“ und „Bester“ nicht immer genug. ... Man muss auch etwas dazu sagen, wie die politische Arbeit bewertet wird und wie die politischen Vorstellungen für die Zukunft beurteilt werden.“

Modernisierer

Diese Bewertung fällt zweifelsfrei sehr gut aus. Auch in der historischen Betrachtung stehen die Jahre von 1962 bis 1976, in denen Gabert Vorsitzender der Landtagsfraktion und von 1963 bis 1972 Landesvorsitzender war, für einen politischen Aufschwung der bayerischen Sozialdemokratie sonders gleichen.

In den 60er Jahren fand eine gesellschaftspolitische Modernisierung statt, die in die Traditionspartei SPD hineinwirkte, sie auffrischte und ihr den Zugang zu neuen Wählerschichten einfacher machte. Zugleich ist anzumerken, dass die SPD Ende der 60er Jahre durch den Zulauf gesellschaftskritischer, ideologieverliebter Menschen programmatisch irritiert war, öffentlich als zerrissen erschien und in den 70er Jahren wieder Einbußen bei Wahlen hinnehmen musste.

Gaberts Aufstieg zum Fraktions- und Landesvorsitzenden vollzog sich zwischen Wilhelm Hoegner und Waldemar von Knoeringen, die er beide in ihren Ämtern beerbte.

Fächert man das Tableau der landespolitischen Themen ab den späten 50er Jahren auf, wird deutlich, wie sehr die SPD das politische Geschehen in Bayern zu forcieren vermochte. Zu Bildungs- und Schulpolitik, zu Landesentwicklung und Raumordnung, zu Naturschutz und Landwirtschaft gab sie entscheidende Impulse. Die CSU reagierte darauf mit Anpassung. Selbstbewusst sprach Gabert später davon, in Bayern habe damals eine sozialdemokratische Gesellschaftsentwicklung unter Führung der CSU stattgefunden. Die Durchsetzung der Christlichen Gemeinschaftsschule als Regelschule steht exemplarisch dafür.

Die Verfassung von 1946 legte in Artikel 135 die öffentlichen Volksschulen als Bekenntnisschulen fest; auf Antrag konnten Gemeinschaftsschulen errichtet werden. Der Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen hatte zu einer stärkeren Durchmischung der religiösen Bekenntnisse in bisher konfessionell klar aufgeteilten Gebieten geführt. In Verbindung mit dem Schulorganisationsgesetz von 1950 kam es bis 1960 zu einer Verdreifachung der einklassigen Volksschulen. Die SPD spitzte das Problem politisch auf die Aussage zu: „Landkinder sind nicht dümmere“ und forderte aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit den gemeinschaftlichen Unterricht aller Kinder sowie die Zusammenlegung der kleinen Volksschulen zu Mittelpunktschulen.

Nach einigen vergeblichen Vorstößen brachte die SPD-Fraktion 1967 den Antrag für eine Neuformulierung des Verfassungsartikels 135 im Landtag ein: „Die öffentlichen Volksschulen sind christliche Gemeinschaftsschulen. Öffentliche Bekenntnisschulen... sind auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu errichten, wenn ein geordneter Schulbetrieb möglich ist.“

Wie erwartet, wurde der Vorstoß abgelehnt, womit der Weg für das bereits vorbereitete Volksbegehren

„Christliche Gemeinschaftsschule“ frei war, das das Komitee „Christliche Gemeinschaftsschule“ öffentlich wirkungsvoll unterstützte. Das Volksbegehren wurde mit 12,9 Prozent ebenso angenommen wie das parallel von der CSU gestartete, mit dem die bisherige Regelung lediglich abgemildert werden sollte.

Instrument Volksbegehren

Ehe es zum Volksentscheid kam, schaltete sich Franz Josef Strauß ein, damals Vorsitzender der CSU und Bundesfinanzminister in der Großen Koalition. Offensichtlich wollte er verhindern, dass sich eine Mehrheit gegen die CSU bildet. In zähen Verhandlungen fanden SPD, CSU, Komitee „Christliche Gemeinschaftsschule“ sowie FDP und Bayernpartei dann jene Formulierung, die inhaltlich den SPD-Vorschlag aufnahm und die per Volksentscheid angenommen wurde. „Die öffentlichen Volksschulen sind gemeinsame Schulen für alle Volksschulpflichtigen Kinder... sie sollen nach den Grundsätzen der christlichen Bekenntnisse unterrichtet werden.“

Parallel zur Verfassungsänderung wurden in einem schwierigen Aushandlungsprozess sowohl der Kirchenvertrag mit der Evangelischen Landeskirche als auch das Konkordat mit der Katholischen Kirche geändert.

Mit dem Instrument des Volksbegehrens und der Unterstützung einflussreicher gesellschaftlicher Gruppen konnte die SPD damals eine Mobilisierungskampagne in Gang setzen, die von der Regierungspartei den Dialog erzwingen und schließlich in die Modernisierung der bayerischen Schulpolitik mündete. Rückblickend bewertete Gabert diesen politischen Prozess als „ein gutes Stück Demokratie“. Er war die Blaupause, nach der 1972 das Volksbegehren Rundfunkfreiheit - wiederum erfolgreich - gestartet und die von der CSU angestrebte Mehrheitsrolle im Rundfunkrat abgeschmettert wurde.

Die bayerische Wirtschaft stand in den 1960er Jahren vor einer Umstrukturierung. Einerseits setzten Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft zunehmend Arbeitskräfte frei, andererseits kriselten die oberbayerischen Kohlenbergbaubetriebe.

Da die CSU-Staatsregierung moderne strukturpolitische Vorschläge vermissen ließ, startete die SPD politische Initiativen für mehr Landesplanung und Raumordnung, für einen Landesentwicklungsplan und ein Ministerium für Landesplanung. Die SPD schob mit der Losung an „Industrie auf's Land“. Sie drängte angesichts der unabwendbaren Veränderungsprozesse darauf, staatlicherseits Perspektiven für die jeweiligen Landesteile Bayerns zu entwickeln und mit abfedernden bzw. gestaltenden Maßnahmen auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen zu reagieren. Exemplarisch ist diese Politik zu belegen mit ihrem vehementen Einsatz für die Ansiedlung neuer Industriebetriebe in Hausham, Penzberg und Peißenberg. Sie sprach sich gegen Staatshilfen für den weiteren Abbau der oberbayerischen Pechkohle mit ihrer wirtschaftlich unsicheren Perspektive aus und wies zugleich auf die für Industrieansiedlung vorhandenen EWG-Strukturhilfen hin.

Gewiss, der Anteil eines Einzelnen an politischen Erfolgen ist präzise nicht zu rechnenbar. Entscheidungen müssen von Vorstandsgremien mitgetragen werden, für sie ist gesellschaftlicher Konsens herzustellen.

Und doch messe ich Gabert einen Großteil der politischen Erfolge in dieser Zeit zu. Sein Geschick, von ihm klar erkannte Strategien durchzusetzen, mit Überzeugung dafür zu werben, Gremien zu führen, Einzelpersonen und Gruppen zu integrieren, sprechen objektiv dafür.

Heimat Europa

Gabert selbst sah sein Abgeordnetenmandat im Europäischen Parlament von 1979 bis 1984 als bestätigenden Abschluss seines aktiven Politikerlebens. Hier, auf der europäischen Bühne, traf er viele Bekannte aus den Jugendtagen im englischen Exil wieder. Und so manche dieser persönlichen Beziehungen nutzte

Als gebürtiger Sudetendeutscher wurde Volkmar Gabert über seine politische Arbeit und die wachsende Identifizierung mit Land und Leuten zum Bayern.

Buchtipps



Das Buch zum Vortrag von Hildegard Kronawitter

nun länderübergreifend für politische Initiativen der SPD.

Er, Gabert, habe Heimat nicht mehr eng national gesehen, sondern europäisch, dazu hätte seine Lebenserfahrung geführt, hielt er gesprächsweise fest. Naturgemäß fand Gabert seine erste Verwurzelung dort, wo er geboren wurde, aufwuchs, Kinder- und Jugendfreund hatte, die Natur erlebte. Dieser emotionale Bezug wirkte ein Leben lang fort.

Mehr als sechs Jahre verbrachte Volkmar Gabert in England als Emigrant und war eng verbunden mit vielen gleichfalls vor Hitler Geflohenen; sie stützten sich gegenseitig und wussten sich politisch einig. Dies habe – wie er sagte - die Erfahrung vermittelt, dass eine Gesinnungsgemeinschaft Heimat sein kann. In München habe er dann den Wiederaufbau erlebt, habe als Politiker viele Probleme der Stadt und der Menschen kennen gelernt, versucht, an Lösungen mitzuarbeiten. Hier lebte er die längste Zeit seines Lebens zusammen mit seiner Frau Inge Gabert, an die ebenfalls gedacht werden muss. München war ihm also ebenfalls Heimat geworden.

Ausgleich mit Tschechien

Aus dem emotionalen Erinnern an seine Kindheit und frühe Jugend heraus wollte er zum Ausgleich zwischen Sudetendeutschen und Tschechen beitragen. Seine Einsicht: Probleme zwischen beiden lassen sich nur lösen durch Verständigung, nicht im Gegeneinander. Er wollte zum offenen Dialog beitragen, Kontakte und Gesprächsforen neben der offiziellen Politik aufbauen helfen, schrittweise Lösungsansätze für die kontroversen Sachfragen entwickeln. Den Anfang sah er dafür mit der Gründung des tschechisch-sudetendeutschen Forums am 27. Juni 1996 in Vinerice bei Prag gemacht.

Als gebürtiger Sudetendeutscher wurde Volkmar Gabert über seine politische Arbeit und die wachsende Identifizierung mit Land und Leuten zum Bayern. „Weil“, wie er sagte, „meine Emotionen aber darüber hinausgehen, fühle ich mich vor allem als Europäer.“ Die Verleihung des Europäischen Karlspreises 1997 an den Sozialdemokraten durch die Sudetendeutsche Landsmannschaft ist daher gleichermaßen eine hohe persönliche Würdigung seines exemplarischen Lebens und politischen Wirkens als auch Symbol für eine von Krieg, Vertreibung und Versöhnung geprägte Generation.

Bayern und Tschechen: Endlich ein Neuanfang!

Fortsetzung von Seite 1

Aufgeschlossene Kreise innerhalb der Sudetendeutschen Landsmannschaft, die Ackermann-Gemeinde, die Deutsche Jugend des Ostens, allen voran die Seliger-Gemeinde haben an der Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen gearbeitet.

dabei stets als politischer Motor und Brückenbauer verstanden. Und es gab Fortschritte: Die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 – damals von der CSU heftigst bekämpft – war eine wichtige Grundlage. Der darauf folgende deutsch-tschechische Zukunftsfonds hat viel Gutes bewirkt. Der Beitritt Tschechiens zur EU 2004 – gegen die Stimmen der CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament! – war ein weiterer Meilenstein.

In regelmäßigen Abständen reisten in dieser Zeit Delegationen der SPD-Landtagsfraktion mit sudetendeutscher Begleitung nach Prag. Die Entschuldigung des damaligen tschechischen Ministerpräsidenten Jiri Paroubek von der CSSD war ein Ergebnis dieser Bemühungen. Allmählich wurden die Brücken auf diese Weise breiter, aus kleinen Provinzübergängen mit schikanösen Grenzkontrollen wurde eine breite Autobahn ohne Passkontrolle zwischen Nürnberg und Prag. Die Menschen haben längst verstanden, diese Brücken zu beschreiten und grenzüberschreitende Verbindungen zu pflegen. Auch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern haben sich dynamisch und positiv entwickelt.

Lediglich in der Politik herrschte noch lange Eiszeit. So weigerten sich die bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber und Beckstein, eine offizielle Reise nach Tschechien anzutreten. Erst jetzt bricht das Eis. Der Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten Nečas und seine Rede im Bayerischen Landtag haben gezeigt: Man muss miteinander sprechen, wenn man sich näherkommen will. Bei einigen hat es lange gedauert, bis diese Erkenntnis sich durchgesetzt hat. Jetzt ist es augenfällig: Die Zeit der parteipolitischen Propaganda, der Ressentiments und der Feindseligkeiten ist abgelaufen. Bayern und Tschechien sind Nachbarn im gemeinsamen europäischen Haus.



Gemeinsam beim Sudetendeutschen Tag: Christa Naaß und Christian Ude, Oberbürgermeister, München

Auch in Zukunft: Vertriebenenpolitik behält ihren hohen Stellenwert

Von Volkmar Halbleib, stellv. Fraktionsvorsitzender

Mit ihrer modernen Vertriebenenpolitik, die die Erinnerung an das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen und Verständigung mit ihren Herkunftsländern in den Mittelpunkt stellt, zollen die Sozialdemokraten im Landtag den in Bayern lebenden Heimatvertriebenen und ihren Nachkommen Respekt. Sichtbarsten



Neue Wege öffnen sich.

Terminhinweis

Samstag, 18. Mai 2013, 13.45 Uhr, Messezentrum, TC Ebene 2, Raum 2.24 A
Christa Naaß und Christian Ude sprechen auf dem Sudetendeutschen Tag am Pfingstsonntag, 18. Mai, bei einer Veranstaltung der Seliger Gemeinde über „Die Sudetendeutschen und die SPD“

Ausdruck findet dies nicht zuletzt in den alljährlichen Vertriebenenempfangen im Münchner Maximilianeum, die wegen ihres großen Erfolges mittlerweile sogar von anderen nachgeahmt werden.

Christa Naaß, die engagierte vertriebenenpolitische Sprecherin der LandtagsSPD seit 2003, hat in der Tradition von Volkmar Gabert, Peter Glotz, Renate Schmidt, Albrecht Schläger und Franz Maget stets großen Wert auf gute Kontakte zu Organisationen, Einrichtungen und Verbänden der Vertriebenen gelegt. Sie hat sich als Abgeordnete im Bayerischen Landtag als engagierte Anwältin der Vertriebenen große Anerkennung erworben.

Die LandtagsSPD wird diese Politik auch dann fortsetzen, wenn Christa Naaß im Herbst nicht mehr für den Bayerischen Landtag kandidiert. Das Motto unseres Arbeitskreises heißt weiterhin „Erbe bewahren – Brücken bauen“ und wird auch in der nächsten Wahlperiode programmatische vertriebenenpolitische Leitlinie der SPD-Fraktion bleiben.



Gute Kontakte: (v.l.n.r.) MdL Maria Noichl, MdL Dr. Linus Förster, Hans Slawik (Landesvorsitzender des Böhmerwaldbundes), MdL Reinhold Strobl, MdL Christa Naaß (Vertriebenenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion), Franz Payer (stellv. Bundesvorsitzender), Renate Slawik (stellv. Vorsitzende der Ortsgruppe München), Irmgard Micko (Ehrevorsitzende), Erika Weibert (Landesfrauenreferentin), MdL Volkmar Halbleib (stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender) und Werner Meisinger (stellv. Landesvorsitzender).

„BÖHMERWÄLDLER“ IM LANDTAG

Vom Bundesvorsitzenden bis zur Ortsgruppe München - beim Gespräch mit dem Arbeitskreis Vertriebenenpolitik der SPD-Fraktion war der Böhmerwaldbund stark im Bayerischen Landtag vertreten. Bundesvorsitzender Ingo Hans, der dazu extra aus Aichtal bei Stuttgart angereist war, zeigte sich erfreut über die guten Kontakte der SPD zu den Böhmerwäldern. Er erinnerte an die freundschaftliche Verbundenheit des ehemaligen Bundesvorsitzenden der Seliger-Gemeinde Adolf Hasenöhrl (SPD) mit seinem christdemokratischen Vater, die beide in der Vertriebenenpolitik

immer über die Parteigrenzen hinweg zusammengearbeitet haben.

Für den Landesvorsitzenden Hans Slawik ist es wichtig, die SPD auch weiterhin als verlässliche Partnerin ihrer Anliegen zu wissen. Die Zusammenarbeit ist nicht zuletzt auch dank seiner Frau Renate Slawik so gut, die viele Jahre als Mitarbeiterin der Seliger-Gemeinde und des Sudetendeutschen Rates eine wichtige Ansprechpartnerin für die SPD war. Nicht umsonst wurde Renate Slawik beim Vertriebenenempfang der SPD-Landtagsfraktion 2012 für ihr jahrzehntelanges Engagement ausgezeichnet.



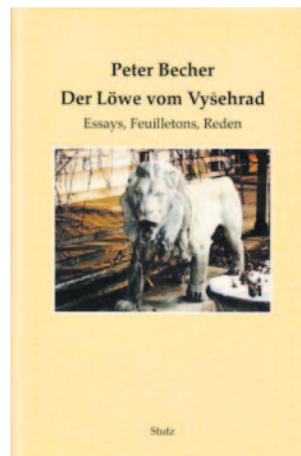
HISTORISCHE SPURENSUCHE IN ASCH: Getreu dem Satz von Willy Brandt „Nicht zur Vergangenheit, sondern zur Zukunft sind Erinnerungen der Schlüssel“ gedachte die Seliger Gemeinde im April auf dem Fabrikgelände, auf dem 1867 ein Arbeiteraufstand stattfand, gemeinsam mit MdL Christa Naaß der Gründung des ersten sozialdemokratischen Ortsvereins vor 150 Jahren 1863, dem Geburtsjahr der deutschen Sozialdemokratie. Obwohl Österreichs Statthalter in Prag den Ascher Genossen den Beitritt zum SPD-Vorläufer „Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein“ (ADAV) verboten hatten, ließen sich diese nicht beirren und schrieben so ein Stück Freiheitsgeschichte im Sudetenland.

Termin- hinweis

**Dienstag, 11. Juni 2013,
Sudetendeutsches Haus,
Hochstraße 8, München, 19 Uhr**

R. M. Douglas: „Ordnungsgemäße Überführung“. Präsentation des Buches über die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg und Podiumsdiskussion mit dem Autor, dem irisch-amerikanischen Historiker R. M. Douglas. Adalbert-Stifter-Verein In Zusammenarbeit mit dem Haus des Deutschen Ostens

Buchtipp



„Die Erfahrungen der deutsch-tschechischen Geschichte motivierten Peter Becher, Leiter des Münchner Adalbert-Stifter-Vereins, gegen einseitige Geschichtsdarstellungen und -forderungen anzutreten und sich mit den Mythen der Nachkriegsgesellschaften, bei Deutschen, Tschechen, und Sudetendeutschen auseinanderzusetzen. [...] Peter Bechers Essays sind frei von Chauvinismus und von ernsthaftem Verständnis für die konträren Positionen geprägt, dabei von dem Willen geleitet, über historische Brüche hinweg ein friedliches Miteinander der Ethnien zu skizzieren und so an alte mitteleuropäische Gemeinsamkeiten anzuknüpfen. (TLZ. de Steffen Höhne, 25.08.12)

„Ein wichtiges, ein anrührendes, ein zum Nachdenken zwingendes Buch für alle, denen Böhmen, speziell die Kultur des Sudetenlands und die Täter-Opfer-Kippfigur der Vertriebenenfrage, am Herzen liegt.“ (Neue Zürcher Zeitung, 12.02.2013)

WIR SIND FÜR SIE DA!

Ihre Ansprechpartner im Landtag

Christa Naaß (Mittelfranken)
Vertriebenenpolitische Sprecherin
Nürnberger Straße 39, 91710 Gunzenhausen
christa.naass@bayernspd-landtag.de

Markus Rinderspacher
Fraktionsvorsitzender
Maximilianeum, 81627 München
markus.rinderspacher@bayernspd-landtag.de

Franz Maget
Vizepräsident des Bayerischen Landtags
Maximilianeum,
81627 München
franz.maget@landtag.de

Volkmar Halbleib (Unterfranken)
Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher
Sammelstraße 46R, 97070 Würzburg
volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de

Dr. Linus Förster (Schwaben)
Europa- und
Jugendpolitischer Sprecher
Schaezlerstraße 13, 86150 Augsburg
linus.foerster@bayernspd-landtag.de

Maria Noichl (Oberbayern)
Agrarpolitische Sprecherin
Am Neubau 1, 83022 Rosenheim
maria.noichl@bayernspd-landtag.de

Reinhold Perlak (Niederbayern)
Mitglied im Ausschuss für Innere Sicherheit
und Kommunalpolitik
Wittelsbacherhöhe 19, 94315 Straubing
reinhold.perlak@bayernspd-landtag.de

Reinhold Strobl (Oberpfalz)
Mitglied im Ausschuss für
Haushalts- und Finanzfragen
92253 Schnaittenbach, Birkenweg 33
reinhold.strobl@bayernspd-landtag.de

Helga Schmitt-Bussinger (Mittelfranken)
Mitglied im Ausschuss für Kommunale
Fragen und Innere Sicherheit
Karl-Bröger-Straße 9
90459 Nürnberg
helga.schmitt-bussinger@bayernspd-landtag.de



Impressum
BayernSPD-Landtagsfraktion
Maximilianeum
81627 München
www.bayernspd-landtag.de
v.i.S.d.P.: Harald Güller
© SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag